

PATRICK FINK

STELLV. LANDESVORSITZENDER
FÜR PRESSE & ÖFFENTLICHKEIT

PRIVAT:

HELLWEG 19

55444 SEIBERSBACH

TEL.: 0 67 24 / 96 22 88

MOBIL: 0170 / 18 47 063

fink@julis-kh.de

Mainz, den 13. Februar 2010

Junge Liberale kämpfen weiter für die Bürgerrechte

Mit der Distanzierung der Schwarz-Gelben Koalition vom Zugangerschwerungsgesetz sowie der Ablehnung des SWIFT-Abkommens durch das EU-Parlament haben die Jungen Liberalen (JuLis) einen Befreiungsschlag für die Bürgerrechte errungen. Doch mit dem Entwurf zur Änderung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages (JMStV-E) droht ein neues Einfallstor für die Zensur des Internets.

Daher lehnen die Jungen Liberalen Rheinland-Pfalz den Arbeitsentwurf zur Änderung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages (JMStV-E) in seiner Fassung vom 7. Dezember 2009 entschieden ab.

„Mit dem JMStV-E wäre eine freie Kommunikation und die freie Entfaltung der Persönlichkeit im Internet technisch und logistisch nicht mehr realisierbar. Das Internet wie wir es kennen und schätzen wäre am Ende. Zugleich soll der JMStV dazu dienen, Zensur in Deutschland salonfähig zu machen und eine leistungsfähige Zensurmaschinerie zu erschaffen. Das alles soll unter dem Deckmantel des Jugendschutzes passieren. Dabei kann keine staatliche Zensur die Jugend so effektiv vor den Gefahren des Internets schützen, wie das altersgemäße Aufklärung durch Schule und Eltern können. Zusätzlich stehen den Eltern eine Reihe exzellenter Jugendschutzprogramme zur Verfügung, die lokal auf den Computern der Kinder installiert werden können.“

Wir bekennen uns zu Artikel 5 Grundgesetz (GG) und lehnen auch weiterhin jede Einrichtung einer Zensurinfrastruktur entschieden ab – und dafür werden wir kämpfen!“, so Florian Glock, Landesvorsitzender der Jungen Liberalen Rheinland-Pfalz.

Die Jungen Liberalen Rheinland-Pfalz bekräftigen diese Forderungen durch einen Offenen Brief an die FDP-Bundestagsfraktion sowie die Landtagsfraktionen der Bundesländer.

Die Änderung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages sieht u.a. folgende Punkte vor:

Einrichtung einer Zensurinfrastruktur, Zensur ausländischer Seiten, Kontrolle des „User-Generated-Content“, Sendezeitbegrenzungen im Internet sowie die Kategorisierung von Internetinhalten in Altersgruppen.